

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Abonnement: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Inserate: die Beizettel über deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

### Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstagsberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebersetzung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Format erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte aus nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsberichte bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermitteln.

### Die Redaktion.

E. L. Berlin, 18. März.

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung vom 18. März.

Präsident v. Leschow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Novelle zum Militär-Pensionsgesetz. Kriegsminister v. Kallenberg bemerkt, die Vorlage entspreche der im März 1892 vom Reichstage beschlossenen Resolution, allerdings nur einem Theile der darin ausgesprochenen Wünsche: Erhöhung der Kriegszulagen, Fortsetzung der Pension in höherem Betrage seitens der im Zivilstand befindlichen. Dem weitergehenden Verlangen jener Resolution, betr. Gewährung erhöhter Pensionen auch an die Invaliden aus der Zeit von 1870/71, werde durch eine nach den Interessen des Heeres zugehende Vorlage entprochen werden. Er bitte um Annahme des Gesetzes.

Abg. Bieschel (nl.) stimmt dem Entwurf zu, will aber dieselbe den in den Kommunalbehörden getretenen Offizieren gewährt. Berücksichtigung des ungeschmälerten Fortbezugs der Pension auch in den Zivil-, Staats- oder Reichsdienst. Getretenen gewährt werden. Auch bei der Berechnung der Pensionen beim Auscheiden aus dem Zivildienst können die früheren Offiziere zur Zeit noch zu kurz fort. Die Zulage des Militärs in Bezug auf die Invaliden aus der Zeit von 1870-71 erfüllt ihn mit Befriedigung. Er bitte das Haus, die Vorlage möglichst wohlwollend zu behandeln, zumal es doch noch eine ganze Reihe Defizienten der Offiziere gebe, welche unberücksichtigt blieben.

Abg. Hartmann (konf.) dankt gleichfalls für die Vorlage, doch würden auch seine Freunde noch weitergehende Wünsche in der Kommission geltend machen. Nöthig sei vor Allem durchgehende Erhöhung der Pensionen, auch für die Hinterbliebenen. Ferner Gleichstellung der als solche vom Kaiser anerkannten, aber lediglich auf den Gnadenfonds angewiesenen. Auch müsse es nicht nur für die niederen Pensionen eine Grenze geben, bis zu der die Pensionen nicht den Zivilbezügen halber verliert werden dürfe (bis 3000 Mark), sondern ähnliche Bestimmungen müßten auch für die höheren Offiziere getroffen werden. Im Uebrigen treffe die Vorlage eine Fülle von Einzelbestimmungen, zu Gunsten nicht nur der Offiziere, sondern auch der unteren Chargen. Die erforderlichen Mittel, nach den Motiven der Vorlage 3 Millionen Mark, könne der Invalidenfonds sehr gut hergeben. Nicht zu billigen sei die Entziehung der Pension bei Berufung wegen Landes- und Hochverrats. Schon des Prinzips wegen dürfe eine Pension, die nur einmal rechtlich verdient sei, nicht entzogen werden.

Abg. v. Schöning (konf.) will die Bestimmungen des Gesetzes mit rückwirkender Kraft auch denjenigen Offizieren zu Gute kommen lassen, welche schon in der ersten Hälfte des Krieges 1870 verendet wurden, denen von 1870-71 also nur ein Kriegsjahr angerechnet worden sei (also deren zwei).

Abg. Selig (freis.) will die Ungerechtigkeit endlich beseitigt wissen, daß die ehemaligen schleswig-holsteinischen Offiziere noch immer unberücksichtigt bleiben. Dieselben seien in dem Gesetze von 1870-71 vergessen worden. Dieselben durch bis jetzt bei ihrer niedrigen Pension, die durch das Gesetz von 1875 geregelt worden sei. Eine solche Ungleichheit dürfe nicht weiter fortbestehen.

General-Deputat v. Spitz: Den Wünschen

des Vorredners ist ja bereits in dieser Vorlage Rechnung getragen. Artikel 23 derselben sagt ausdrücklich: Die Vorschriften dieses Gesetzes; auf die es hier ankommt, finden auf die bereits aus dem Militärdienst ausgeschiedenen Personen, ohne Rücksicht darauf Anwendung, nach welcher der gesetzlichen oder sonstigen Vorschrift ihre Pensionierung erfolgt ist. Allerdings trifft für die schleswig-holsteinischen Offiziere die Vorschrift nicht zu, daß eine Pensionsverlängerung erst eintreten kann, wenn Pension und Zivilgehalt 3000 Mark übersteigt. Aber dieses Schicksal theilen die schleswig-holsteinischen Offiziere mit allen von 1870-71 pensionirten.

Abg. v. Güttingen (Reichsp.) dankt für das Gesetz, welches manche Härten beseitigt, wünscht es jedoch ebenfalls in verschiedentlichen Punkten noch verbessert zu sehen. So müsse n. A. die Grenze, bis zu welcher eine Verlängerung der Pension nicht eintreten dürfe, über 3000 Mark (Pension und Zivilgehalt zusammen) hinaus zu erhöhen.

Abg. Gröber (Zentr.) beantragte, den Entwurf nicht einer besonderen, sondern der Budgetkommission zu überweisen. Für die Offiziere sei mit jener Grenze von 3000 Mark genügend gesorgt, für die unteren Chargen könne aber noch etwas mehr gethan werden. Daß in dem Gesetze unterschieden werde zwischen Kommunal- und Reichs- oder Staatsdienst, das sei ganz unbegründet. Wollte man überhaupt einen Unterschied machen, so könne man sich zwischen Pensionierung wegen Dienstbeschädigung — da solle man n. A. die Pension kürzen, denn die Pension sei der Ersatz für weitere Unfähigkeit, den Dienst noch weiter zu versehen — und zwischen der Pensionierung, bloß weil Einer zu weitem Vordringen nicht für fähig erachtet werde, eine Pensionierung, wie sie ja so oft vorkomme. Immerhin bestehe die Vorlage einen wesentlichen Fortschritt.

Abg. Schmidt (Frankfurt (Sod.)) will auf Einzelheiten der Vorlage nicht weiter eingehen, sondern sich nur auf einen Punkt beschränken: nämlich auf die Frage der Feststellung der Invalidität in den Fällen, wo letztere nicht Folge einer äußerlichen Beschädigung, sondern Folge von Krankheit sei. Ihm werde ein Fall mitgeteilt, wo ein auf der Marine Dienst leistender nach 5 Jahren entlassen worden sei, nachdem er sich chronischen Gelenkrheumatismus zugezogen. Die militärärztliche Untersuchung sei nur eine oberflächliche gewesen, man habe ihn nur als halbinvalide angesehen, obwohl er thätigst arbeitsunfähig sei. Solche Dinge können gewiß nicht selten vor. Für den gemeinen Soldaten liege immer die Gefahr vor, in solchen Fällen ununterstützt gelassen zu werden. Es bedürfe einer Garantie für genauere Untersuchung, nicht bloß durch Militärärzte.

Abg. Richter: Es unterliegt keinem Zweifel, daß außerhalb des Rahmens dieses Gesetzes noch manche Härten vorliegen. Die Art, wie Herr Gröber untersteht, ist eine sehr richtige: keine Schmälerung der Pension bei Pensionierung in Folge Dienstbeschädigung! Anders liegt in der That die Sache bei Pensionierungen lediglich wegen Unmöglichkeit weiteren Anstretens, denn da handelt es sich meist um noch völlig erwerbsfähige Personen. Wir haben in Folge dieser Pensionierungen ohnehin schon eine große Pensionslast, die noch dazu jetzt um 3 Millionen Mark jährlich gesteigert wird. Wenn die Bremer ihre Liebesgabe etwas verkleinern lassen würden, dann ließe sich ja auch die Steigerung der Pensionslast leichter ertragen. (Sehr richtig! lachend.) Alle diejenigen unter Ihnen, die sich so freigebig für die bessere Versorgung verabschiedeter Militärs interessieren, sollten doch mit uns dahin wirken, daß nicht die Lasten für das aktive Militär zu groß werden. Solche Gesetze, wie die gegenwärtige Militärvorlage, hindern alle Ausgaben für Zwecke, wie der vorliegende. (Beifall.)

Abg. Meuser (konf.) tritt für verbesserte Reklamen-Fürsorge ein. Auch sei die Ungleichheit zu beseitigen, daß einem in den Reichs- oder Staatsdienst Treten die Pension verliert werden dürfe, einem in Privatdienst Treten den dagegen nicht.

Abg. Osann (natl.) widerspricht der Auffassung des Abg. Hartmann, daß selbst bei Landesverrat die Pension nicht entzogen werden dürfe. Wer vom Reich die Pension verliere, dürfe nicht ohne Gefahr des Pensionsverlustes gegen den Bestand des Reiches wirken. Eine Verlängerung der Pension dürfe auch bei den in Reichs- oder Staatsdienst angestellten Militärpensionären künftig ebenso wenig stattfinden, wie bei denen im Kommunal- oder Staatsdienst. Gegenüber den Anmerkungen des Abg. Richter über die finanzielle Lage müsse er doch betonen, daß ja der Invalidenfonds da sei. Aus diesem müßten auch für bessere Reklamenversorgung die Mittel genommen werden.

Abg. Graf Douglas (konf.) liegt aus der ganzen Vorlage ein sehr geringes Wohlwollen heraus. Die Schuld liege da wohl nicht an den Militärbehörden, sondern an anderen Faktoren. Er wolle da nur auf einen Punkt aufmerksam machen: die Berechnung des Einkommens der nicht etatsmäßig angestellten Militäramwärter. Diese und andere Punkte werde die Kommission sorgfältig erwägen müssen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) meint, Herr Richter habe hier mit seinen finanziellen Ausführungen nur wieder eine Wahlrede halten wollen, zum Fenster hinaus, um mit einem Rattenkäse die alten Offiziere mit Pensionenversprechungen zu sich hinüberzuziehen. Letztere würden aber, wie er bestimmt hoffe, dem Herrn Rattenfänger nicht folgen. (Präsident von Leschow erklärt diese Wendung für parlamentarisch unzulässig.)

Abg. Richter: Ich habe von Herrn v. Liebermann noch niemals eine sachliche Rede gehört, die mich hätte belehren können. Gerade Herr Liebermann v. Sonnenberg hält mir Wahlreden. Der Herr Liebermann weiß nicht, daß gerade ich die erste Anregung zu der Verfestigung der Invaliden gerade noch in dieser Session gegeben habe. Die Defamation des Vorredners paßt also am allerwenigsten auf mich. Ein gutes Herz hier zu befinden, ist außerordentlich leicht; aber man muß auch die Börse dazu haben, um die Versprechungen zu erfüllen. Der Abg. Meuser sieht die Finanzlage durchaus nicht so rosig an, wie Herr Dam, hat vielmehr noch gesagt, in wie beschämender Weise zur Zeit große Kulturaufgaben zurückgestellt werden

müßten. Hat doch in Preußen ein Zufuß noch von nur 40000 Mark für Fortbildungsschulen zurückgezogen werden müssen!

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg bemerkt

Abg. Althardt (Antif.), der Invalidenfonds sei i. Z. aber nicht hoch genug und nicht so hoch bemessen worden, wie es von den Regierungen vorge schlagen worden. Jetzt liege die Sache so, daß wenn die letzten Invaliden gestorben seien, auch vom Invalidenfonds nichts mehr übrig sei. Gegenwärtig bliebe als Mittel noch die progressive Einkommensteuer übrig.

Nach einigen Worten des Abg. Osann erwidert Abg. Richter dem Abg. Althardt, derselbe zeige mit seinen Ausführungen über den Invalidenfonds nur, daß er von dessen Entstehen gar nichts wisse. Der Invalidenfonds sei genau in der Höhe bewilligt worden, in der ihn die Regierungen beantragt hätten! Auch sei der Invalidenfonds durchaus nicht aufgebraucht, sobald der letzte Invalid gestorben sei. Wenn derselbe Abg. eine progressive Einkommensteuer vorschläge, um dann möge derselbe sich doch erst mit seinen Gömmern auseinander setzen, die von der progressiven Einkommensteuer nichts wissen wollten. Schon im Abgeordnetenhaus habe es Mäße genug gemacht, die 4 Prozent Steuer für die höchsten Einkommen durchzusetzen.

Abg. Althardt: Wenn wir i. Z. 500 Millionen aus der französischen Kriegsgeldentwässerung genommen hätten, dann würden wir heute eine Milliarde übrig haben für große soziale Zwecke. (Lachend.) (Lachend.) Ja, da kommen Sie wieder mit Ihrem widerwärtigen Gelächter! (Präsident von Leschow: Das ist eine ganz ungehörige Bemerkung. Ich rufe Sie zur Ordnung! Beifall.) Die Regierungen haben auch damals mehr gefördert, aber es ist ihnen nur deshalb nicht bewilligt worden, weil die Vorjeden der Regierungen nicht so viel zur Verfügung stellen wollten, um die Kontrolle darüber nicht zu verlieren.

Abg. Richter: Ich will auf die Entstehung des Invalidenfonds nicht weiter eingehen, sondern nur so viel bemerken: wenn aus der französischen Entschädigung 500 Millionen genommen worden wären, um im Invalidenfonds liegen zu bleiben, dann hätten doch die anderen Ausgaben, die mit diesen 500 Millionen gedeckt wurden, nicht befriedigt werden können. Auch an die Einzelgänger hätte nicht so viel gegeben werden können, und diese hätten somit auch nicht in dem Maße Schulden tilgen können!

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen Althardt und Richter schließt die Debatte.

Die Vorlage geht auf die Budgetkommission. Die Vorlage betr. Anwendung der Zollermäßigungen u. gegenüber Rumänien und Spanien wird debattelos in erster und zweiter Lesung erledigt.

Es folgen Petitionen. Die Erledigung derselben erfolgt gemäß den Vorschlägen der Kommission.

Hierauf verlegt sich das Haus.  
 Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.  
 Tagesordnung: Dritte Lesung des Etats, außerdem Interpellation Menzer, welche Schritte die Regierung ergreifen wolle, um dem Ruin des Tabakbaues entgegenzutreten.  
 Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 18. März.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 18. März, 1 Uhr.

Überbürgermeister Zelle ist in das Haus eingetreten.  
 Die Nachrichten von der Verwaltung der preussischen Staatsbergwerke, Hütten und Salinen pro 1891-92 werden für erledigt erklärt, die Gehaltsverträge betreffend die Aufhebung der Stollgebühren im Bezirke des Konfessionsrats zu Kassel, betreffend den Vorstoß im Kirchenvorstande der katholischen Kirchengemeinden im Geltungsbezirke des rheinischen Rechts und betreffend die Aufhebung des § 124 Absatz 2 der Medizinalverwaltung für Frankfurt a. M. in einmaliger Schlussberatung angenommen.

Der Schluß der Tagesordnung bildet der mündliche Bericht der Agrarkommission über die Petition des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen, dahingehend: „Das Herrenhaus wolle seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die preussische Regierung im Bundesrath unter allen Umständen gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland Stellung nimmt“.

Verichterstatter ist Graf v. d. Schulenburg-Wechsungen.

Die Kommission beantragt: Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Der Berichterstatter verweist bei Begründung der Kommission darauf hin, daß derselbe einstimmig gefaßt sei. Die Petition sei ausganglos von Männern, die gewohnt und berufen seien, im Frieden die Hand an den Pflug, im Kriege die Hand an das Schwert zu legen.

Vom Überbürgermeister Dr. Baumbach ist der Antrag gestellt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Graf v. Klenow ist dem Antrag der Kommission, indem er behauptet, daß der Abschluß des österreichischen Handelsvertrages der Landwirtschaft schwer geschädigt habe und daß gegenwärtig kein konservativer Abgeordneter des Reichstags noch einmal für diesen Vortrag stimmen werde. Durch den russischen Handelsvertrag würden nicht allein die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft in Frage gestellt, sondern auch der Handel des Ostens. Die Landwirtschaft sei in ihrer Existenz bedroht und das Haus müsse derselben seine Aufmerksamkeit zuwenden. Bei dem Abschluß eines jeden ferneren Vertrages müsse die Regierung sich die Frage vorlegen, welche Wirkung derselbe auf die Landwirtschaft ausüben werde. Er bitte die Regierung, die jetzige Wirtschaftspolitik zu verlassen, welche die Landwirtschaft ruiniere.

Überbürgermeister Dr. Baumbach erklärt, er wisse, daß es ein vergebliches Bemühen sei, in diesem Hause seinen Antrag zu vertheidigen, indessen müsse er doch darauf verweisen, daß die Entscheidung über den russischen Handelsvertrag nicht in dieses Haus, sondern in den Reichstag falle und daß dort die Situation für den Vertrag

eine durchaus günstige sei. Man könne über den Vertrag überhaupt noch nicht urtheilen, da der Vortrags desselben noch durchaus unbekannt sei und die Opposition der Agrarier gegen die Regierung daher viel zu weit, viel weiter als die Opposition anderer oppositioneller Parteien. (Beifall.) Er müsse dem Vorredner gegenüber darauf verweisen, daß nur ein geringer Theil der Bevölkerung des Ostens auf dessen Standpunkt stehe. Er hoffe, daß auch in diesem Hause die Bitte nicht werde unberücksichtigt gelassen werden, bei den Verhandlungen auch die große Masse der Konsumenten und der arbeitenden Bevölkerung zu berücksichtigen. Auch müsse er darauf verweisen, wie gefährlich es sei, die preussische Staatsregierung gegen das Reich zu engagieren, Preußen mobil zu machen gegen das Reich. (Beifall.) Wenn der Vorredner verlangt habe, daß der Reichskanzler den Weg der gegenwärtigen Handelspolitik verlassen möge, dann habe er das Vertrauen, daß der Kanzler von dem bisher betretenen Wege nicht abweichen, sondern die Handelspolitik mit Kraft und Energie fortführen werde. (Große Unruhe.) Die gegenwärtige Reichsregierung habe glücklicherweise gebohrt mit einer einseitigen agrarischen Handelspolitik; das achte er (Reuter) mit seinen politischen Freunden sehr hoch und deshalb werden sie den Kanzler freiwillig unterstützen, wenn er auf dieser Bahn weiter gehe. (Lachen.) Das Zustandekommen des russischen Handelsvertrages sei eine Armee werth. (Lebhafter Widerspruch.)

Graf von Mirbach erklärt, daß seine Freunde im Reichstage nur zugewinnen für den österreichischen Handelsvertrag gestimmt hätten und daß sie es deshalb für erforderlich erachteten, dem russischen Handelsvertrage gegenüber rechtzeitig ihre Interessen wahrzunehmen. Der russische Handelsvertrag würde eine schwere Schädigung für das platt Land und für den kleinen Kaufmann herbeiführen; der Konsument, auf den der Vorredner verweise, sei ein Phantasiegebilde der extremen liberalen Parteien und der Mandatskandidaten. Die Landwirtschaft in Preußen sei der größte Produzent und daher auch der größte Konsument für alle andere Zweige. Konzeptionen gewähre man nur einem Verblödeten und Aufstacheln sei ein solcher Verblödeten nicht. Die Konzeptionen, die Rußland aus bieten könne, seien unzureichend, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete. Er empfehle dasabzulehnen die Annahme des Kommissionsantrages, weil dadurch der Wunsch des Hauses aufgegebenen Ausdrucks erhalte.

Überbürgermeister Becker (KdL) bestreitet, daß das Herrenhaus die Pflicht habe, in erster Linie die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten; Pflicht des Herrenhauses sei es vielmehr, sich streng innerhalb der gesetzlichen Kompetenz zu halten, welche die Verfassung ihm zuweist und diese Kompetenz werde durch den Kommissionsantrag überschritten, nicht formell, sondern materiell. Weshalb wende sich der Verein nicht an den Reichstag? Weder dieser noch das preussische Staatsministerium sei gezwungen, dem Beschlusse des Hauses Folge zu geben.

Graf v. Eulenburg-Prassen schließt sich dem Grafen Mirbach an. Das Verbum des Hauses sei geeignet, die Stellung der Staatsregierung im Bundesrath zu stärken.

Ministerpräsident Graf v. Eulenburg: Es ist Ihnen bekannt, daß zwischen Deutschland und Rußland Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages schweben und ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, auf die Frage hier näher einzugehen, weil der Gebrauch, in schwebenden Verhandlungen nicht einzugreifen, mindestens von der Regierung aufrecht erhalten werden muß. Auf die Fassung der Petition „unter allen Umständen“ gegen den Handelsvertrag Stellung zu nehmen, würde die Regierung nicht eingehen können. Ich hoffe jedoch, daß es sich nicht um diesen Ausdruck handelt, sondern daß die Ueberweisung der Petition an die Regierung nur den Sinn hat, die Regierung aufzufordern, die Interessen der Landwirtschaft bei den schwebenden Verhandlungen zu berücksichtigen. In diesem Sinne hat das Abgeordnetenhaus bereits ebenfalls beschlossen. Ich habe damals erklärt, einer Kundgebung in diesem Sinne hat die Regierung keine Ursache zu widersprechen; ich wiederhole das.

Nachdem Rittergutsbesitzer v. Demberg den Kommissionsantrag zur Annahme empfohlen, wird die Diskussion geschlossen.

Der Antrag Dr. Baumbach wird abgelehnt, der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Präsidentenwahl und kleinere Vorlagen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom 18. März.

Der Vizepräsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Das Haus genehmigt die Vorlage betreffend die Verwaltungsgerichte (Einsetzung von Rammern für Steuerfachen) in dritter Lesung ohne Debatte.

Es folgen Petitionen:

Die Petition eines Gerichtsdieners wegen Aenderung des Pensionsgesetzes und die Petition des Fabrikbesizers Freese und Genossen in Berlin wegen Uebertragung des Eigentumsrechts an den gesammelten Wasserläufen auf das Reich oder die Einzelstaaten werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; in gleicher Weise wird erledigt die Petition eines Stabsbeamten wegen Aenderung des Verfahrens bei Anschreibung von Stipendien. Die Petition eines pensionirten Lehrers wegen Unterstellung wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Agrar-Kommission beantragte durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen die Petitionen eines Käthners wegen Zulassung zur Pachtschifferei im hiesigen Bass und eines Pachters wegen Erstattung von Bau- und Meliorationskosten, die er für ein Domänengut verwendet hat.

Das Haus beschließt debattelos nach diesen Anträgen.

Die Petition eines Lehrers wegen Ueberweisung einer Dienstwohnung in Altmessen wird durch Tagesordnung erledigt.

Als Material wird der Regierung überwiesen die Petition zweier Polizeibeamten wegen Pensionsansprüchen, sowie Petitionen wegen Beschäftigung

der Gemeindevertretung für katholische Pfarde gemeinden.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden erledigt die Petition eines Bürgermeisters wegen Entschädigung für seine Thätigkeit als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft, ferner die Petition eines Schöffen um Aenderung der Amtsobliegenheiten der Amtsverwaltung in Koblenz, ferner die Petition von Hausbesitzern in Altona und Mitten um Aenderung des Einkommensteuer-Gesetzes; ferner die Petition eines Verwaltungs-Sekretärs in Burgheimfurt um Regelung der dortigen Anstellungs-Verhältnisse der Gemeindebeamten, ferner die Petition eines Polizeiaufsehers in M-Glabach wegen Gewährung von Diäten und Reisekosten, ferner die Petition des Redakteurs Steller in Köln betreffend den evangelischen Konfirmanden-Unterricht; ferner die Petition früherer Lehrer wegen Erhöhung ihres Ruhegehalts, ferner des Magistrats zu Bielefeld wegen Errichtung eines Amtsgerichts und endlich die Petition von Grundbesitzern in Forst bei Aachen betreffend die Anlage einer Unterführung beim Bahnhofsambau in Aachen.

Der Regierung werden überwiesen zur Erwägung eine Petition von Lehrern betreffend Anrechnung auswärtiger Dienstzeit und die Petition eines Gemeindevorstandes wegen Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

Tagesordnung: Kleine Vorlagen und Petitionen.

### Deutschland.

Berlin, 18. März. Beim Reichskanzler Grafen Caprivi war gestern Abend eine distinguirte Abendsgesellschaft versammelt. Es war kein eigentlicher parlamentarischer Abend, denn neben den Parlamentariern waren Diplomaten und Offiziere zahlreich vertreten. So waren der französische Botschafter, der serbische und der brasilianische Gesandte zur Stelle. Von Parlamentariern waren mehrere erschienen, deren Anwesenheit sehr bemerkt wurde, so Dr. Lieber vom Centrum. Das Präsidium des Reichstages war durch den Grafen Ballestrem, den freisinnigen Abg. Dr. Baumbach vertreten. Zur Stelle waren außerdem die Polen v. Roscielski und Domitroff, die Nationalliberalen v. Bennigsen und Schneider (Hann.), der Freikonservative v. Reußel und der Konfervative v. Mantensfel, daneben zahlreiche andere Konfervative. Von der brennenden Tagesfrage, der Entscheidung über die Militärvorlage, war nicht die Rede. Man beschäftigte sich zuweilen mit von der Politik recht weit abliegenden Gegenständen.

Über den derzeitigen Stand der zwischen Spanien und denjenigen europäischen Staaten, deren Handelsverträge abgelaufen sind, schwebenden Verhandlungen bezüglich Abschlußes neuer Handelsverträge, theilt die „Indep. belge“ nachstehende Einzelheiten mit, welche für weitere Kritik von Interesse sein dürften:

„Mit England ist noch nichts abgemacht. Was Frankreich betrifft, so wartet Spanien auf das Ergebnis der kommenden allgemeinen Kammerwahlen, um erneute Besprechungen einzuleiten. Die mit Italien und Österreich-Ungarn geflochtenen Verhandlungen stellen einen günstigen Fortgang in Aussicht. Der Vertrag mit Portugal wird in nächster Woche unterzeichnet und den Kortes im April vorgelegt werden, gleichzeitig mit den durch Herrn Canovas im Jahre 1892 mit Holland, der Schweiz, Schweden und Norwegen abgeschlossenen Vereinbarungen. Die Unterzeichnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages endlich soll erfolgen, sobald der spanische Finanzminister sich hinsichtlich der Zollermäßigungen auf deutschen Export schlüssig gemacht hat. Der deutschen Industrie sollen Zollbefreiungen im Austausch für Zugeständnisse auf spanische Weine, Früchte und Delé bewilligt werden.“

Der konervative Reichstagsabgeordnete Graf Helldin-Wartenberg hat sich in einer Verammlung hiesiger Abgeordneter des Schleswig-Holsteiner Provinziallandtags über den „Grund der Landwirtschaft“ wie folgt geäußert:

Er halte es für ein durchaus berechtigtes Verlangen, wenn die Landwirthe durch engen Zusammenhalt den Versuch machten, einer größeren Anzahl ihrer Verwundungen zum Eintritte in die Parlamente zu verhelfen. Er glaube aber kaum, daß dadurch die wichtigsten Forderungen des neuen Bundes ihrer Verwirklichung entgegengeführt würden. Es seien das theilweise Forderungen von so tief einschneidender Bedeutung und Wirkung für unser gesamtes Staatswesen, daß die Staatsregierung denselben niemals zustimmen könne. Was zunächst den deutsch-österreichischen Handelsvertrag anlangt, so sei derselbe eine volkswirtschaftliche Nothwendigkeit gewesen. Deutschland sei nicht ein landwirtschaftlicher Staat, sondern ein Industriestaat ersten Ranges, und dasselbe könne in Folge der Zunahme seiner Bevölkerung von den eigenen Bodenprodukten nicht leben, es sei daher darauf angewiesen, den Zufuß, welchen es an Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande bedürfe, mit einer Anzahl von Fabrikaten zu bezahlen. Die Herabminderung des Getreidepreises von 5 Mark auf 3 Mark 50 Pf. sei für die Landwirtschaft durchaus von nachtheiliger Bedeutung. Denn darüber müßten die Landwirthe doch jetzt einig sein, daß niemals der ganze Zoll den einheimischen Produzenten zu Gute komme, sondern daß der Getreidezoll stets nur eine ganz unbedeutende Wirkung auf die Preissteigerung ausübe. Es sei demnach für die deutsche Landwirtschaft ganz ungehörig, wenn in dem zukünftigen deutsch-russischen Handelsvertrage der Getreidezoll gleichfalls auf 3 M. 20 Pf. ermäßigt werde. Eine solche Ermäßigung sei aber mit Rücksicht auf die Ausfuhr unserer Fabrikate nach Rußland nothwendig. Was die Forderung der Einführung des Bimetallismus betreffe, so müsse er ausdrücklich gesagt werden, daß er in dieser schwierigen Frage noch nicht genügend orientiert sei, um zu der Erkenntnis gelangt zu sein, was für unser Land besser sei, Bimetallismus oder Goldwährung. In seiner — der konservativen — Fraktion seien die Meinungen über die Währungsfrage getheilt. Die eine Hälfte der Fraktion behände aus Bimetallismus, die andere aus Anhänger der Goldwährung. Er habe aber das Gefühl, daß diejenigen Männer, welche am häufigsten und lauteften nach Einführung des Bimetallismus riefen, Genossen von dieser Frage etwas verstanden wie er.







Wetten und Wagen.  
Original-Roman von E. von Linden.  
Niederlegungsbuch vorbehalten.  
(Nachdruck verboten.)  
31)  
Torrendo, der sich wieder erhoben hatte, um aus  
seinem Sessel zu treten, warf einen gleichgültigen Blick  
auf den Eintretenden und blieb dann, ihn über-  
wacht anstehend, wie angewurzelt stehen.  
„Na, mein lieber Herr,“ rief Spehr, „das ist  
ja ein recht interessanter Brief. Haben Sie ihn  
durch die Post erhalten?“  
„Nein, Herr Notar, durch einen Seemann,  
der ihn mir vor einer Stunde selber brachte. Er  
sagte, daß er direkt von Australien komme und  
diesen Brief von einem Passagier seines Schiffes  
zur Begleitung erhalten habe.“  
„Oh, von einem Seemann, der also eigens  
mit ihm hierher gereist sein muß,“ sagte der  
Notar, sich das große Kinn streichend und wieder  
in den Brief blickend. „Eine verstellte Handschrift,  
sollten Sie dieselbe nie gesehen haben, Herr?“  
„Nein, Herr Notar, ich habe sie eingehend ge-  
prüft, kein einziges charakteristisches Merkmal er-  
innert mich an eine bekannte Schrift.“  
„Und doch ist sie verfertigt, das mußten Sie  
als Kryptograph mit einem Blick weghaben, Herr?“  
Der gute Briefschreiber hat Ihnen also dreihundert  
Mark von jenem Schurken zu überbringen als  
Knebel oder Sühne für seine Niederträchtigkeit  
und fordert sie auf, zu diesem Zweck nach dem  
Fuchsbau zu kommen, weil er die Sache, die ihn

verdrängen könnte, geheim abmachen will. Dazu  
ist der Fuchsbau allerdings, noch dazu um zehn  
Uhr Abends, ein recht geeigneter Ort.“  
„Ich gebe nicht hin, Herr Notar!“ sagte Torrendo.  
„Weshalb nicht, Herr?“ fragte Spehr, „daß  
Sie mit diesem Briefe zu mir gekommen sind.  
Natürlich müssen Sie hingehen, ich bedauere zum  
ersten Male, ein Krüppel zu sein, und mir dieselben  
Briefchen nicht selber ansehen zu können. Werde  
aber schon für einen tüchtigen Gelehrten sorgen. Und  
nun gehen Sie ruhig nach Hause, mein lieber  
Herr, vergessen Sie nicht, punkt zehn heute Abend  
im Fuchsbau zu sein.“  
„Ich werde mich dort pünktlich einstellen, Herr  
Notar!“  
Mit diesen Worten entfernte sich der Kryptograph.  
Als sich die Thür hinter ihm geschlossen hatte,  
fragte Torrendo seufzend: „Hat dieser Mann  
Familie? Ich meine einen Bruder?“  
„Ja, er hatte einst einen Zwillingsbruder, der  
aber als ganz junger Mensch zur See ging und  
nichts wieder von sich hören ließ.“  
„Er war also Seemann?“  
„Ach, er war im Grunde ein verkommenes  
Genie, wollte Maler werden und ließ schon nach  
einem halben Jahre an der Lehre.“  
„Wahrscheinlich bei einem Handwerker?“  
„Ja, bei dem tüchtigsten Dekorationsmaler un-  
serer Stadt. Der Bruder glaubte, ein Künstler-  
Genie zu sein und phantasierte von Rubens, Ra-  
phael und sonstigen Maler-Decken. Schließlich  
ging er, wie gesagt, als Schiffsjunge zur See und  
hat nichts wieder von sich hören lassen. Haben

Sie ein verärgertes Genie, das mit meinem Lorenz  
Näheverwandtschaft hatte, vielleicht irgendwo angetroffen?“  
Torrendo zögerte einen Augenblick mit der Antwort.  
„Ja, ich traf in der That einen solchen auf  
meinen Streifereien durch Süd-Amerika, welcher  
eine ganz frappante Ähnlichkeit mit diesem Namen  
besaß. Vielleicht war es sein Bruder, obwohl er  
einen andern Namen führte.“  
„Oh, dann mag's ihm wohl nicht besonders  
gut ergangen sein?“  
„Als ich ihn kennen lernte, es mögen vielleicht  
fünf Jahre her sein, lebte er in den besten Ver-  
hältnissen als angesehener Porträtmaler in Rio de  
Janeiro.“  
„Was Sie sagen, das freut mich aufrichtig, zu  
hören,“ rief der Notar, „voransteht, daß er  
wirklich der verschollene Zwillingsbruder meines  
Lorenz ist. Wie nannte sich dieser Mann?“  
„Er wollte ein Engländer sein, sein Name war  
Frederick.“  
„So, so, na, wie hieß doch der Bruder nur  
gleich? Mein Lorenz heißt mit Vornamen Walter,  
richtig, der andere Friedrich, sehen Sie, Semor,  
das stimmt famos.“  
„Ja, es ist in der That möglich, daß er der  
Bruder ist,“ erwiderte Torrendo gedankenvoll.  
„Geht's dem Lorenz jetzt?“  
Der Notar sah ihn prüfend an und wiegte  
dann langsam den Kopf.  
„Nein, es geht ihm nicht zum besten und leider  
durch eigene Schuld. Es ist ein Geheimnis, ich  
kann Ihnen gern, wenn es Sie interessiert, seine  
Geschichte erzählen.“

„Ich bitte sehr darum, Herr Notar!“  
„In kurzen aber deutlichen Strichen entwarf  
dieser ihm jetzt ein Bild des Strahlenden von seiner  
Schuld und Buße und der heutigen Beganntung.  
Torrendo hatte ihn mit keinem Wort unter-  
brochen. Jetzt hob er lebhaft den Kopf.  
„Glauben Sie, daß sein schmerzlicher Verfall  
ihn wirklich das Geld von Australien sendet, Herr  
Notar?“  
„Das wäre wohl zweifel von dem edlen Herrn  
verlangt, Semor!“ grunzte Spehr vernünftig, „nein,  
das glaube ich nicht, es könnte vielmehr möglich  
sein, daß die Polizei sich für dieses geheimnisvolle  
Zielfeldchen ein wenig interessierte. Der Brief-  
schreiber hat sich mit einem unlesbaren Namen  
unterzeichnet, muß aber den Fuchsbau, einen ganz  
einfachen und sogar verurteilten Platz, genau kennen,  
wie sollte er sonst als Fremder just darauf ge-  
kommen sein?“  
„Das ist richtig,“ nickte Torrendo, „Sie werden  
also die Polizei benachrichtigen?“  
„Ich habe meinen Detektiv, der die Sache schon  
ordnen wird.“  
„Sie kennen die Menschen nicht, welche in  
Australien ihre praktische Ausbildung bekommen  
haben, mein lieber Herr!“ rief Torrendo kopf-  
schüttelnd. „Ihr Detektiv wird allein nicht den  
Mann bewältigen können, ich möchte dabei sein,  
Herr Notar!“  
„Ah, das wäre nicht übel, Semor! Haben Sie  
noch einige Minuten Zeit übrig?“  
„Ich veräume nichts, wenn Sie Ihre kostbare  
Zeit dafür opfern wollen, wäre ich Ihnen dankbar,  
(Fortsetzung folgt.)

**Bekanntmachung,**  
betreffend die Kontrollversammlungen im  
Frühjahr 1893 für Stettin, Grabow a. O.,  
Bredow, Unter-Bredow und Züllchow.  
**Kontrollplatz:**  
**Neues Exerzierhaus**  
**in der Friedrichstraße**  
**zu Stettin.**  
Es haben ausgetreten:

I. Spezial-Weifen.

Jahreskl. 1884	am 18. April 1893.	Vorm. 7 1/2 Uhr.
1885	18.	9
1886	18.	10 1/2
1887	18.	7 1/2
1888	19.	9
1889	19.	10 1/2
1890	20.	9
1891	20.	7 1/2
1892	20.	9
1893	21.	10 1/2
1894	21.	9

II. Erbsparer und Marine-Erbsparer.

Jahreskl. 1880, 1881, 1882	am 21. April 1893.	Vormittags 10 1/2 Uhr.
Jahreskl. 1883, 1884, 1885	am 22. April 1893.	Vormittags 7 1/2 Uhr.
Jahreskl. 1886	am 22. April 1893.	Vorm. 9 Uhr.
1887	22.	10 1/2
1888	24.	7 1/2
1889	24.	9
1890, 1891, 1892	24.	10 1/2

III. Provinzial-Infanterie.

Jahreskl. 1887	am 25. April 1893.	Vorm. 7 1/2 Uhr.
1888	25.	9
1889	25.	10 1/2
1890, 1891, 1892	27.	7 1/2
Jahreskl. 1886	27.	9
1887	28.	10 1/2
1888	28.	7 1/2
1889	28.	9
1890	28.	10 1/2
1891	29.	7 1/2
1892	29.	9

**Bekanntmachung.**  
Nachdem in den Häfen der Niederlande, Belgien und  
der französischen Nord- und Westküste Cholerafälle seit  
längerer Zeit nicht vorgekommen, sind die diesbezüglichen  
Beschränkungen des Schiffsverkehrs mit diesen  
Gegenden aufgehoben.  
Die aus Marokko kommenden Schiffe sind jedoch  
noch wie vor einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung  
nach Maßgabe der diesbezüglichen Bekanntmachung vom  
29. Oktober v. J. zu unterwerfen.  
Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die  
Ankunft eines solchen Schiffes spätestens innerhalb  
der nächsten zwölf Stunden nach dem Eintreffen dem  
hiesigen Hafen-Amt anzeigen ist.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Ausführung der  
Tischarbeiten,  
Schloßarbeiten,  
Glasarbeiten,  
Malerarbeiten,  
Frisuren in Yellow-pine  
für die Schule in Neu-Tornen hierseits soll im Wege  
öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im  
Stadt-Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare gegen Entrichtung von je 50 Pf.  
in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Pflanzung und Aufstellung des Borsparatiers  
für die Schule auf dem Bäderberge hierseits soll im  
Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im Stadt-  
Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare dafolch in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht,  
daß, da der 2. April d. J. auf einen Sonntag  
— festtag — fällt, gemäß § 42 der Gemeindeordnung vom  
8. November 1870 das Festtage bei dem bevorstehenden  
Quartalswechsel am nächst vorhergehenden Werktag,  
also am Samstag, den 1. April, zu ziehen muß.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
In der in Nr. 131 d. Blattes (vom  
gestrigen Tage) auf dieser Stelle veröffent-  
lichten Bekanntmachung der „Union“,  
Actien-Gesellschaft für See- und Fluß-  
Versicherungen in Stettin, betr. die am  
Dienstag, den 11. April d. J., statt-  
findende General-Versammlung, befindet  
sich ein Druckfehler, indem die Versamm-  
lung nicht Vormittags 11 Uhr, sondern  
10 Uhr stattfindet.

**Die Expedition**  
**der Stettiner Zeitung.**  
In der am 2. d. Mts. stattgehabten General-  
versammlung unserer Gesellschaft ist zum Mitgliede des  
Directorii der Herr Oeconomist Herr Schönbart zu Gal-  
len in den kleinen i. d. Mts. neu, der Herr Gutsbeiger  
Georg auf den Namen der Frankfurt a. O. wieder  
gewählt, und zum Mitgliede der Revisions-Comité ist  
Herr Antmann Hermann zu Schönbart, Kreis  
Jägermüde, gewählt.  
Dem Herrn Cancellar Linberg hat die General-  
versammlung in Beauftragung seiner künftigen Dienst-  
leistung und in Anerkennung seiner künftigen Dienst-  
leistung sein einjähriges Gehalt als Ehrengabe be-  
willigt.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Nachdem in den Häfen der Niederlande, Belgien und  
der französischen Nord- und Westküste Cholerafälle seit  
längerer Zeit nicht vorgekommen, sind die diesbezüglichen  
Beschränkungen des Schiffsverkehrs mit diesen  
Gegenden aufgehoben.  
Die aus Marokko kommenden Schiffe sind jedoch  
noch wie vor einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung  
nach Maßgabe der diesbezüglichen Bekanntmachung vom  
29. Oktober v. J. zu unterwerfen.  
Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die  
Ankunft eines solchen Schiffes spätestens innerhalb  
der nächsten zwölf Stunden nach dem Eintreffen dem  
hiesigen Hafen-Amt anzeigen ist.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Ausführung der  
Tischarbeiten,  
Schloßarbeiten,  
Glasarbeiten,  
Malerarbeiten,  
Frisuren in Yellow-pine  
für die Schule in Neu-Tornen hierseits soll im Wege  
öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im  
Stadt-Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare gegen Entrichtung von je 50 Pf.  
in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Pflanzung und Aufstellung des Borsparatiers  
für die Schule auf dem Bäderberge hierseits soll im  
Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im Stadt-  
Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare dafolch in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Pflanzung und Aufstellung des Borsparatiers  
für die Schule auf dem Bäderberge hierseits soll im  
Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im Stadt-  
Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare dafolch in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Grabow a. O., den 16. März 1893.  
Die Musterung der Militärpflichtigen der Stadt  
Grabow a. O. pro 1893 findet  
für die im Jahre 1871 und  
1872 geborenen Militär-  
pflichtigen  
am 23. März d. J.,  
für die im Jahre 1873,  
1870 und früher geborenen  
Militärpflichtigen  
am 24. März d. J.,  
jeweils Morgens um 7 Uhr im vormaligen Reetz-  
schen Hofe (Thalia-Theater), Wittenallee Nr. 7  
hierseits,  
für die Nachzügler  
Morgens um 8 Uhr im Schützenhause zu Züllchow statt.  
Auslösung der Militärpflichtigen des Jahrgangs 1873  
am 20. April d. J., Morg. 8 Uhr,  
im Schützenhause zu Züllchow.  
Sämtliche bis incl. 31. Dezember 1873 und früher  
geborenen Militärpflichtigen, welche über ihr Militär-  
verhältnis noch keine endgültige Entscheidung erhalten  
haben, werden hierdurch aufgefordert, sich in den vor-  
stehend angegebenen Terminen bei der Vermeldung der  
gekauften Strafen zu stellen.  
Die Handwerker (Schuster, Schneider, Sattler,  
Machinenschlosser) haben zur Musterung die  
bezüglichen Papiere, welche einen Ausweis über  
ihre Beschäftigung als Handwerker geben, mit-  
zubringen.  
Für Militärpflichtige der Schiffahrt treibenden  
Land- und der fernmündigen Bevölkerung, auch wenn  
sie von der Frühjahrs-Gesellschaft befreit sind, müssen  
etwaige Reklamationen schon in den vorbezeichneten  
Musterungsterminen angebracht werden.  
Die Polizei-Verwaltung.

**Bekanntmachung.**  
Bredow, den 4. März 1893.  
Die diesjährige Musterung der Militärpflichtigen  
der Gemeinde Bredow findet in folgender  
Weise im vormaligen Reetz'schen Hofe (Thalia-  
Theater) zu Grabow a. O. statt:  
am 25. März d. J., Morgens 7 Uhr, für die  
im Jahre 1871 und 1872 geborenen  
Militärpflichtigen.  
am 27. März d. J., Morgens 7 Uhr, für die  
im Jahre 1873, 1870 und früher ge-  
borenen Militärpflichtigen.  
Militärpapiere, Taufe- und Lösungsscheine sind sofort  
bei uns abzugeben und in den Musterungsterminen  
vorzulegen.  
Die Handwerker (Schuster, Schneider, Sattler,  
Machinenschlosser) haben bei der Musterung außerdem  
einen Ausweis über ihre Beschäftigung mitzubringen.  
Etwas Reklamationen im Hinblick auf die  
Befreiung vom Militärdienst, auch die der  
Militärpflichtigen der Schiffahrt treibenden  
Land- und der fernmündigen Bevölkerung,  
müssen spätestens in den vorbezeichneten Muster-  
ungsterminen bei Vermeldung des Anschlusses  
beigebracht werden.  
Der Ortsverstand.  
Netzel.

**Bekanntmachung.**  
Bredow, den 17. März 1893.  
Auf Grund der Bestimmungen des § 9 der Feuer-  
löschordnung für das platte Land der Provinz Pommern  
vom 24. Juni 1877 befinde ich, daß nachgenannte  
Gespannhalter in der Gemeinde Bredow die Feuer-  
spritze zur Brandhilfe zu schaffen haben:  
1. Direction der Stettiner Maschinenbau-  
Actien-Gesellschaft Bielefeld.  
2. Direction der Stettin-Bredower Portland-  
Cement-Fabrik.  
3. Direction der Bredower Zuckerfabrik-Actien-  
Gesellschaft.  
4. Sechelsch'scher Bauhof.  
5. Eigentümer  
6. Carl Mandelkow,  
7. Gustav Wittenhagen,  
8. Ulwig,  
9. Wilhelm Ulwig,  
10. Theodor Brauer,  
11. Albert Witt,  
12. Rudolf Greinert,  
13. Bernhard Greinert,  
14. August Lockstadt,  
15. Louis Buchholz,  
16. Amandus Skrade,  
17. August Reinke,  
18. Kaufleute G. F. Grätzmacher's Söhne,  
19. Frau Brauer'sche Wittwe.  
Diese Gespannhalter werden zur Bepannung der  
Feuerspritze besonders aufgefordert.  
Die weiteren sämtlichen Gespannhalter, auch  
Inquilinen in der Gemeinde Bredow sind verpflichtet,  
ihren Wassermotor und Wasser zur Brandhilfe zu  
schaffen.  
Die Gespannhalter, welche die Spritze nicht bespannt  
haben, müssen gleichfalls Wassermotor und Wasser zur  
Brandhilfe schaffen.  
Nebentretungen werden strengstens geahndet.  
Der Gemeindevorsteher.  
Netzel.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 13. März 1893.  
Die Herstellung der Entwässerungsarbeiten auf der  
Ostseite des Kaiser-Wilhelmsplatzes, der Kaiser-Wilhelm-  
straße und des Augustplatzes 2c. sollen im Wege der  
öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.  
Angebote hierauf sind mit entsprechender Aufschrift  
versehen, verschlossen bis zum Eröffnungstermin, wel-  
cher im Rathsaule, Zimmer Nr. 41, am  
Montag, den 27. d. Mts.,  
Vormittags 10 Uhr,  
in Gegenwart der erschienenen Bieter stattfindet, ein-  
zugeben.  
Bedingungen können während der Dienststunden im  
Bureau der Tiefbau-Deputation eingesehen, dafolch  
auch Angebotsformulare gegen Zahlung von 50 Pf.  
bezogen werden.  
Der Magistrat, Tiefbau-Deputation.  
Stettin, den 17. März 1893.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 17. März 1893.  
Bezugs-Einschaltung von Hydranten findet am Dien-  
stag, den 21. d. Mts., Vormittags von 9 Uhr ab auf  
etwa 7 Stunden eine Absperrung der Wasserleitung in  
der Bismarck-, Karlstraße und König-Albertstraße,  
in letzterer von der Bismarckstraße bis zum Kaiser-Wil-  
helmsplatz, in der Turnerstraße von der König-Albert-  
straße bis zum Kaiser-Wilhelmsplatz statt.  
Die Gas- und Wasserleitungs-Deputation.  
Stettin, den 14. März 1893.  
Die anderweitige Vertheilung der im hiesigen Schwenn-  
Stift frei gewordenen Wohnungen Nr. 25 und Nr. 36  
ist erfolgt, was den Bewerberinnen hinsichtlich dieser  
Wohnungen fast besonderen Bedecktes hierdurch mit-  
getheilt wird.  
Der Magistrat,  
Schwenn-Stifts-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Die Pflanzung und Aufstellung des Borsparatiers  
für die Schule auf dem Bäderberge hierseits soll im  
Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im Stadt-  
Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare dafolch in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht,  
daß, da der 2. April d. J. auf einen Sonntag  
— festtag — fällt, gemäß § 42 der Gemeindeordnung vom  
8. November 1870 das Festtage bei dem bevorstehenden  
Quartalswechsel am nächst vorhergehenden Werktag,  
also am Samstag, den 1. April, zu ziehen muß.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
In der in Nr. 131 d. Blattes (vom  
gestrigen Tage) auf dieser Stelle veröffent-  
lichten Bekanntmachung der „Union“,  
Actien-Gesellschaft für See- und Fluß-  
Versicherungen in Stettin, betr. die am  
Dienstag, den 11. April d. J., statt-  
findende General-Versammlung, befindet  
sich ein Druckfehler, indem die Versamm-  
lung nicht Vormittags 11 Uhr, sondern  
10 Uhr stattfindet.

**Die Expedition**  
**der Stettiner Zeitung.**  
In der am 2. d. Mts. stattgehabten General-  
versammlung unserer Gesellschaft ist zum Mitgliede des  
Directorii der Herr Oeconomist Herr Schönbart zu Gal-  
len in den kleinen i. d. Mts. neu, der Herr Gutsbeiger  
Georg auf den Namen der Frankfurt a. O. wieder  
gewählt, und zum Mitgliede der Revisions-Comité ist  
Herr Antmann Hermann zu Schönbart, Kreis  
Jägermüde, gewählt.  
Dem Herrn Cancellar Linberg hat die General-  
versammlung in Beauftragung seiner künftigen Dienst-  
leistung und in Anerkennung seiner künftigen Dienst-  
leistung sein einjähriges Gehalt als Ehrengabe be-  
willigt.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Nachdem in den Häfen der Niederlande, Belgien und  
der französischen Nord- und Westküste Cholerafälle seit  
längerer Zeit nicht vorgekommen, sind die diesbezüglichen  
Beschränkungen des Schiffsverkehrs mit diesen  
Gegenden aufgehoben.  
Die aus Marokko kommenden Schiffe sind jedoch  
noch wie vor einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung  
nach Maßgabe der diesbezüglichen Bekanntmachung vom  
29. Oktober v. J. zu unterwerfen.  
Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die  
Ankunft eines solchen Schiffes spätestens innerhalb  
der nächsten zwölf Stunden nach dem Eintreffen dem  
hiesigen Hafen-Amt anzeigen ist.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Ausführung der  
Tischarbeiten,  
Schloßarbeiten,  
Glasarbeiten,  
Malerarbeiten,  
Frisuren in Yellow-pine  
für die Schule in Neu-Tornen hierseits soll im Wege  
öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im  
Stadt-Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare gegen Entrichtung von je 50 Pf.  
in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Pflanzung und Aufstellung des Borsparatiers  
für die Schule auf dem Bäderberge hierseits soll im  
Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im Stadt-  
Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare dafolch in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht,  
daß, da der 2. April d. J. auf einen Sonntag  
— festtag — fällt, gemäß § 42 der Gemeindeordnung vom  
8. November 1870 das Festtage bei dem bevorstehenden  
Quartalswechsel am nächst vorhergehenden Werktag,  
also am Samstag, den 1. April, zu ziehen muß.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
In der in Nr. 131 d. Blattes (vom  
gestrigen Tage) auf dieser Stelle veröffent-  
lichten Bekanntmachung der „Union“,  
Actien-Gesellschaft für See- und Fluß-  
Versicherungen in Stettin, betr. die am  
Dienstag, den 11. April d. J., statt-  
findende General-Versammlung, befindet  
sich ein Druckfehler, indem die Versamm-  
lung nicht Vormittags 11 Uhr, sondern  
10 Uhr stattfindet.

**Die Expedition**  
**der Stettiner Zeitung.**  
In der am 2. d. Mts. stattgehabten General-  
versammlung unserer Gesellschaft ist zum Mitgliede des  
Directorii der Herr Oeconomist Herr Schönbart zu Gal-  
len in den kleinen i. d. Mts. neu, der Herr Gutsbeiger  
Georg auf den Namen der Frankfurt a. O. wieder  
gewählt, und zum Mitgliede der Revisions-Comité ist  
Herr Antmann Hermann zu Schönbart, Kreis  
Jägermüde, gewählt.  
Dem Herrn Cancellar Linberg hat die General-  
versammlung in Beauftragung seiner künftigen Dienst-  
leistung und in Anerkennung seiner künftigen Dienst-  
leistung sein einjähriges Gehalt als Ehrengabe be-  
willigt.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Nachdem in den Häfen der Niederlande, Belgien und  
der französischen Nord- und Westküste Cholerafälle seit  
längerer Zeit nicht vorgekommen, sind die diesbezüglichen  
Beschränkungen des Schiffsverkehrs mit diesen  
Gegenden aufgehoben.  
Die aus Marokko kommenden Schiffe sind jedoch  
noch wie vor einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung  
nach Maßgabe der diesbezüglichen Bekanntmachung vom  
29. Oktober v. J. zu unterwerfen.  
Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die  
Ankunft eines solchen Schiffes spätestens innerhalb  
der nächsten zwölf Stunden nach dem Eintreffen dem  
hiesigen Hafen-Amt anzeigen ist.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Ausführung der  
Tischarbeiten,  
Schloßarbeiten,  
Glasarbeiten,  
Malerarbeiten,  
Frisuren in Yellow-pine  
für die Schule in Neu-Tornen hierseits soll im Wege  
öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im  
Stadt-Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare gegen Entrichtung von je 50 Pf.  
in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Pflanzung und Aufstellung des Borsparatiers  
für die Schule auf dem Bäderberge hierseits soll im  
Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im Stadt-  
Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare dafolch in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht,  
daß, da der 2. April d. J. auf einen Sonntag  
— festtag — fällt, gemäß § 42 der Gemeindeordnung vom  
8. November 1870 das Festtage bei dem bevorstehenden  
Quartalswechsel am nächst vorhergehenden Werktag,  
also am Samstag, den 1. April, zu ziehen muß.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
In der in Nr. 131 d. Blattes (vom  
gestrigen Tage) auf dieser Stelle veröffent-  
lichten Bekanntmachung der „Union“,  
Actien-Gesellschaft für See- und Fluß-  
Versicherungen in Stettin, betr. die am  
Dienstag, den 11. April d. J., statt-  
findende General-Versammlung, befindet  
sich ein Druckfehler, indem die Versamm-  
lung nicht Vormittags 11 Uhr, sondern  
10 Uhr stattfindet.

**Die Expedition**  
**der Stettiner Zeitung.**  
In der am 2. d. Mts. stattgehabten General-  
versammlung unserer Gesellschaft ist zum Mitgliede des  
Directorii der Herr Oeconomist Herr Schönbart zu Gal-  
len in den kleinen i. d. Mts. neu, der Herr Gutsbeiger  
Georg auf den Namen der Frankfurt a. O. wieder  
gewählt, und zum Mitgliede der Revisions-Comité ist  
Herr Antmann Hermann zu Schönbart, Kreis  
Jägermüde, gewählt.  
Dem Herrn Cancellar Linberg hat die General-  
versammlung in Beauftragung seiner künftigen Dienst-  
leistung und in Anerkennung seiner künftigen Dienst-  
leistung sein einjähriges Gehalt als Ehrengabe be-  
willigt.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Nachdem in den Häfen der Niederlande, Belgien und  
der französischen Nord- und Westküste Cholerafälle seit  
längerer Zeit nicht vorgekommen, sind die diesbezüglichen  
Beschränkungen des Schiffsverkehrs mit diesen  
Gegenden aufgehoben.  
Die aus Marokko kommenden Schiffe sind jedoch  
noch wie vor einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung  
nach Maßgabe der diesbezüglichen Bekanntmachung vom  
29. Oktober v. J. zu unterwerfen.  
Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die  
Ankunft eines solchen Schiffes spätestens innerhalb  
der nächsten zwölf Stunden nach dem Eintreffen dem  
hiesigen Hafen-Amt anzeigen ist.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Ausführung der  
Tischarbeiten,  
Schloßarbeiten,  
Glasarbeiten,  
Malerarbeiten,  
Frisuren in Yellow-pine  
für die Schule in Neu-Tornen hierseits soll im Wege  
öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im  
Stadt-Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare gegen Entrichtung von je 50 Pf.  
in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 11. März 1893.  
Die Pflanzung und Aufstellung des Borsparatiers  
für die Schule auf dem Bäderberge hierseits soll im  
Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.  
Allgemeine und besondere Bedingungen sind im Stadt-  
Bureau, im Rathsaule Zimmer 33, während der  
Dienststunden einzusehen und zu unterschreiben, sowie  
Angebotsformulare dafolch in Empfang zu nehmen.  
Zeichnungen sind ebenfalls einzusehen.  
Die Angebote sind zu verschließen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis zum Donnerstag, den 23.  
März 1893, Vormittags 10 Uhr, im genannten  
Bureau abzugeben, wofür sich die Eröffnung  
derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter  
erfolgt.  
Der Magistrat, Hochbau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Stettin, den 15. März 1893.  
Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht,  
daß, da der 2. April d. J. auf einen Sonntag  
— festtag — fällt, gemäß § 42 der Gemeindeordnung vom  
8. November 1870 das Festtage bei dem bevorstehenden  
Quartalswechsel am nächst vorhergehenden Werktag,  
also am Samstag, den 1. April, zu ziehen muß.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Thon.

**Bekanntmachung.**  
In der in Nr. 131 d. Blattes (vom  
gestrigen Tage) auf dieser Stelle veröffent-  
lichten Bekanntmachung der „Union“,  
Actien-Gesellschaft für See- und Fluß-  
Versicherungen in Stettin, betr. die am  
Dienstag, den 11. April d. J., statt-  
findende General-Versammlung, befindet  
sich ein Druckfehler, indem die Versamm-  
lung nicht Vormittags 11 Uhr, sondern  
10 Uhr stattfindet.

**Die Expedition**  
**der Stettiner Zeitung.**  
In der am 2. d. Mts. stattgehabten General-  
versammlung unserer Gesellschaft ist zum Mitgliede des  
Directorii der Herr Oeconomist Herr Schönbart zu Gal-  
len in den kleinen i. d. Mts. neu, der Herr Gutsbeiger  
Georg auf den Namen der Frankfurt a. O. wieder  
gewählt, und zum Mitgliede der Revisions-Comité ist  
Herr Antmann Hermann zu Schönbart, Kreis  
Jägermüde, gewählt.  
Dem Herrn Cancellar Linberg hat die General-  
versammlung in



